

Donnerstag, 27. Januar

1887. — 40. Jahrgang.

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M. 75 P., für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M. incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (8), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

# National-Zeitung.

Inserte. — Die Zeitzeile: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. — Sonntags resp. deren Hälfte 300 M. u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Reklame 3-gespalten 1 M. 50 P. — Sonntags 450 M. u. f. w.

## Abonnement auf die Monate Februar und März.

Wir laden hiermit zum Abonnement auf die „National-Zeitung“ für die Monate Februar und März ein. Bestellungen auf die „National-Zeitung“ einschließlich der „belletristisch-technischen Sonntagsbeilage“ und der „Verloosungsliste“ für die Monate Februar und März werden auswärts bei allen Reichspostanstalten zum Preise von 6 Mark (incl. Postbeförderungsgebühren) angenommen, — in Berlin außerdem bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren und in der Expedition der „National-Zeitung“, W. (8) Mohrenstraße 59, zum Preise von 4 M. 50 P. exclusive Botenlohn.

Expedition der „National-Zeitung.“

### Inhalt.

**Deutschland.** Berlin: England und die Kriegsfrage: die Sorge der Konservativen; Fürst Bismarck und das Centrum; parlamentarischer Antrag; Deutschland und Frankreich; Bericht der Anklagen-Kommission.  
**Frankreich.** Paris: die Alarmanachrichten; Tagesbericht. Aus dem Reich und den Provinzen.  
**Antike Nachrichten.**  
Berliner Börse: Halle n. Waaren- u. Produktenmärkte.

\* Berlin, 26. Januar.

### England und die Kriegsfrage.

Die Welt wurde in den letzten Tagen durch aus England kommende Alarmanachrichten in Bewegung gesetzt, die sich jedoch bald als sensationelle Erfindungen erwiesen. Ueber den Ernst der gegenwärtigen Lage war ist kein Wort mehr zu verlieren. Von allem Anderen abgesehen, ist schon die Stellung, welche General Boulanger, gestützt auf die Radikalen und Intransigenten, in Frankreich sich gewonnen hat, eine Gefahr. Als wahrscheinlichste Ursache eines eventuellen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland hat Fürst Bismarck im Reichstage solche innere Entwicklungen in Frankreich bezeichnet, welche einer Partei oder einem einzelnen Manne in maßgebender Stellung die Abwendung vorhandener Erregungen nach außen wünschenswerth erscheinen lassen. Das wirkliche Aussehen der Lage unter diesem Gesichtspunkte entwickelt sich aber erst, wenn man diese Aeußerung des Reichstagslers mit einer früher von ihm gethanen zusammenstellt. Diese ging dahin, es werde der französischen Erfindungsgebe auch für den etwaigen Revanchekrieg nicht an einem Lösungsworte fehlen, durch welche es den brutalen Racheakt als ein von höheren Ideen getragenes Unternehmen, einen für die Interessen der Menschheit von Frankreich übernommenen allgemeinen Befreiungskrieg herauskafften werde. Fürst Bismarck verwies damals auf die mit dem Lösungsworte „Krieg den Wälfen, Frieden den Hülten“ in die Nachbarkantone stürmenden und erobernden französischen Revolutionäre, die im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts und meinte, wer heute wieder die Franzosen auf Eroberungen ausführe, könne in ähnlicher Weise vielleicht das tolle Banner entfalten, die Wälfen als die Vorkämpfer des vierten Standes, die Armee der sozialen Revolution anpreisen. Wenn man nun die Stellungnahme aller radikalen und intransigenten Elemente in Frankreich zu General Boulanger betrachtet, wenn man sieht, wie sie ihn als den Mann der Zukunft schildern und wie er schweigend das alles über sich ergehen läßt, so gewinnt, was Fürst Bismarck vor einiger Zeit als eine bloße Möglichkeit erwähnte, heute schon gewisse festere Umrisse. Die Radikalen und Intransigenten, mögen sie immerhin sich der Täuschung hingeben, daß dieser General ihnen ebensowohl die Revanche an Deutschland als auch an der „Bourgeoisrepublik“ für die hingschlachteten Kämpfer der Kommune besorgen werde. Es ist ja ein dem Radikalismus eigener Zug, daß für ihn die Lehren der Geschichte nicht bestehen.

Wir sind also weit entfernt, uns an der vergeblichen Arbeit derer zu beteiligen, welche aus diesen oder jenen Beweggründen den Ernst der Lage wegzuleugnen sich bemühen, welche das deutsche Publikum glauben machen wollen, es liege überhaupt keine Gefahr vor, und wo die leitenden Männer unseres Reiches davon reden, handle es sich um ein reines Parteidemagogie, um gewöhnliche Wahlmacherei, etwa wie bei dem Scheinbeschlusse der Reichstagsmehrheit in der zweiten Lesung der Armeevorlage. Ganz ebenso unverantwortlich freilich erscheint

und jeder Versuch, die Lage noch schwärzer zu schildern als sie in Wirklichkeit ist. Die Nerven des Publikums sind allmählich stark gereizt und jeder falsche Alarm ist geeignet, dem Nationalwohlstand einen Schlag zu versetzen. Ein von der „Wall Mall Gazette“ gebrauchtes Bild trifft ganz zu; wer, so schreibt sie, in einer Lage wie die gegenwärtige ohne hinreichenden Grund „Krieg“ schreit, der handelt, wie einer, der in ein überfülltes Theater den Alarmanruf Feuer hineinwirft. Daß gerade die „P. M. G.“ diese Wahrheit zuerst ausspricht, hat seinen guten Grund, es ist England, von welchem in neuester Zeit Alarmsignale ausgehen. „Daily News“ verstanden es, wenige Tage hindurch die Welt zu beruhigen, indem sie mit großer Bestimmtheit und unter Berufung darauf, daß die Minister die Wahrheit ihrer Mittheilung kennen, berichteten, die deutsche Regierung habe die französische um Aufklärung über die Truppenanstellungen an der Grenze ersuchen lassen. Das genannte Blatt wußte auch bereits die Antwort, welche die französische Regierung geben würde, daß Frankreich nämlich nur mit den deutschen Rüstungen Schritt zu halten sich bemühe. Damit wäre dann der Konflikt gegeben gewesen. Es ist schon bedenklich genug, wenn zwei Nachbarkantone die gegenseitigen Rüstungen mit Mißtrauen betrachten; immerhin braucht eine solche Lage noch nicht notwendig das Vorspiel zu einem Kriege zu sein, die Aufwerfung der Abrüstungsfrage aber, und auf sie würde das von „Daily News“ Gemeldete hinauslaufen, würde schon eine ganz direkt zu kriegerischem Ausgange sich hinneigende Konstellation der Dinge ergeben.

Das bedrohliche Gerücht ist inzwischen von drei Seiten, nämlich nicht nur von der französischen und deutschen Regierung, sondern auch von der in die Rolle der „Daily News“ mit hereingezogenen englischen demontirt worden. „Daily News“ hatten sich dieselbe lediglich aus Gerüchten, welche schon vier Wochen früher in England umliefen, eigenhändig zusammengeknüpft. Es ist eben ein Beweis von der vorhandenen hochgradigen Nervosität, freilich auch von den wirklich vorhandenen Gefahren der Lage, daß jenes Gerücht überhaupt Eindruck machen konnte. Was Fürst Bismarck im Reichstage vorgebracht, läßt doch mit großer Sicherheit darauf schließen, daß er Alles vermeiden will, was zu einem Appell an die Waffen führen könnte, und daß ihm gerade deshalb soviel daran liegt, für eine längere Reihe von Jahren Deutschland den Franzosen militärisch gleich stark zu wissen. Er wünscht der Nothwendigkeit, solche Fragen, wie die von „Daily News“ erwähnte, zu stellen, überhoben zu sein, während sie durch eine der Armeevorlage ungünstige parlamentarische Entscheidung allerdings nur befördert werden kann. Noch mißtrauischer mußte man bei ruhiger Ueberlegung durch den Umstand genacht werden, daß jene Alarmanachricht gerade in „Daily News“ veröffentlicht wurde. Als ein Gladstone besonders nahe stehendes Blatt genießt „Daily News“ gewiß keine Beziehungen zum gegenwärtigen englischen Kabinett, und am allerwenigsten würden so schwerwiegende Nachrichten wie die mehrerwähnte wohl zuerst in ein Oppositionsblatt lancirt worden sein.

So tadelnswürth es nun aber auch ist, daß das Londoner Blatt in so hochem Grade die Welt mit erfundenen Alarmanachrichten hebelte, welche geeignet sind großen materiellen Schaden anzurichten, so hat diese Sache doch auch, wie bekanntlich eine jede, auch ihre gute Seite. Indem die erste Londoner Sensationsnachricht sich als eine ganz gewöhnliche Ente entpuppte, werden die wahrscheinlich von dort auch ferner noch zu erwartenden Nachrichten ähnlicher Art schon nicht mehr solchen Eindruck, wie die erste, zu machen im Stande sein, das um so

weniger, je klarer man es sich macht, daß kriegerisch gefärbte Nachrichten aus englischer Quelle ohne thätliche Grundlage eine sehr natürliche Erscheinung sind. Der Wunsch wird auch bei ihnen der Vater des Gedankens. Was könnte denn dem zu eigener militärischer Aktion ungehindert England gegenwärtig gelegener kommen als ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland und womöglich dazu noch ein solcher zwischen England und Oesterreich? Ein deutsch-französischer Krieg wäre für England eine Affekuranz, daß es jedenfalls während desselben und noch einige Zeit nachher, im Falle einer französischen Niederlage aber wohl für immer, im Besitze Aegyptens gesichert wäre. Auch die drohende und für England sehr fatale Invasion der Neu-Hebriden durch Frankreich würde dann in Bezug kommen, ohne daß England einen Finger rührte. Die Früchte eines Krieges zwischen Oesterreich und Rußland aber kann England in Asien zu genießen hoffen. Unter solchen Umständen hat die Reizung englischer Blätter, die Lage so kriegerisch wie möglich darzustellen, etwas sehr Begreifliches; sie wird noch begreiflicher, wenn sie in Blättern der Gladstoneschen Partei hervortritt; daß Gladstone in der morgen beginnenden Parlamentssession auch die auswärtige Lage zu berühren gedenkt, um dem Kabinett Saltsbury Schwierigkeiten zu bereiten, läßt sich denken. Seine Organe müssen aber zu diesem Behufe die Lage natürlich möglichst pessimistisch, was, trotz des soeben Gesagten, auch in diesem Falle soviel wie kriegerisch ist, darstellen. Man wird also gut thun, speziell englische Berichte über die gegenwärtige Lage mit ganz besonderer Vorsicht zu behandeln.

Der „kommende Mann“ — so ist, unter Benennung eines amerikanischen Ausdrucks, ein langer Artikel der „Neuen Preuss. Ztg.“ überschrieben, worin das Organ der äußersten Rechten seinen Sorgen betreffs der Zukunft Luft macht. Aber nicht etwa Sorgen wegen des Ausfalls der Wahlen, wegen der europäischen Lage oder dergl., sondern wegen der leitenden Stellung, welche es im Geiste bereits den „kommenden Mann“ wieder einnehmen sieht, nämlich Herrn v. Bennigsen. Wir geben aus dem Artikel die folgenden beziehnen Stellen als ein Stimmungssymptom aus dem altkonserativen Lager wieder:

Bei seinem unerwarteten Erscheinen im Abgeordnetenhaus hat sich Fürst Bismarck unter anderem veranlaßt gesehen, die ungewöhnliche Erklärung abzugeben, daß die Monopolfrage den Reichstag in Zukunft eben so wenig beschäftigen werde, als die Frage der Verfassungsrevision. Tags zuvor, am 23. v. M., war auf der Hauptversammlung der hannoverschen Nationalliberalen von Seiten des Herrn v. Bennigsen, der an diesem Tage die offizielle Führung seiner Partei wieder übernahm, eine ganz ähnlich lautende Aeußerung gefallen. Man wird der „National-Zeitung“ zustimmen müssen, wenn sie in den genannten beiden Vorgängen wenigstens den theoretisch-programmatischen Abschlus der Verhandlungen erblickt, welche die Wiederübernahme der politischen Führerschaft von Seiten der ehemals herrschenden Partei bezwecken, so weit neben der Person des Reichstagslers selbst für eine solche Raum gelassen ist. Die praktische Durchführung des Beschlusses wird ja freilich von dem Ausfalle der bevorstehenden Reichstagswahlen abhängen. So viel ist gewiß: mag das Ziel einer mittelparteilichen Mehrheit bei den nächsten Wahlen nun erreicht werden oder nicht, der Reichstagsler wird es darum nicht aus den Augen verlieren; wir müssen darauf gefaßt sein, daß dieses Ziel, wenn nicht gänzlich unerwartete Ereignisse dazwischen treten, unsere innere Politik während der nächsten Jahre in noch härterer Nähe beherzigt, als dies seit dem Frühjahr 1884 bereits der Fall gewesen ist.

Zunächst, um mit dem persönlichen Moment zu beginnen, kann man von Niemandem, dem Einzelnen nicht und noch viel weniger der Partei, verlangen, daß er seine eigene Befestigung als

### Nachdruck verboten.

### Zur Sprachwissenschaft.

Die deutsche Sprache. Von Dr. Otto Behagel, Professor an der Universität zu Basel. (Leipzig und Prag. G. Freytag und J. Tempel. 1887.)

Ein Buch wie das vorliegende wird Jedermann, dem es darum zu thun ist, daß die wesentlichen Ergebnisse der germanischen Grammatik auch weiteren Kreisen bekannt werden, willkommen heißen. Schon längst vermehrte man ein kleines Kompendium, in welchem die wichtigsten Lautgesetze, deren Kenntniß für ein auch nur oberflächliches Verständnis der Entwicklung unserer Sprache unerlässlich ist, kurz und übersichtlich aufammengefaßt wären. Das einzige Buch der einschlägigen Literatur, welches sich einer entschieden populären Darstellung zugewandt hat, Zupitza's dankenswerthe Einführung in das Studium des Mittelhochdeutschen, verfolgt doch einen andern Zweck, indem es sich mit geringen Ausnahmen auf das beschränkt, was zur Erlernung des Mittelhochdeutschen notwendig ist, und ältere wie neuere Sprachperioden nur dann hinzuzieht, wenn es für diesen Zweck unumgänglich ist. So mag es auch kommen, daß der verdiente Erfolg, der dem trefflichen Büchlein zu Theil wurde, mehr seiner Verbreitung in den Kreisen der Studierenden zu verdanken ist, während es bei dem größeren Publikum wenig Theilnahme gefunden zu haben scheint.

Unter diesen Umständen kann das Buch Behagel's gewissermaßen als die erste populäre Darstellung dieses Stoffes gelten. Und man muß dem Verfasser zugestehen, daß er seine Aufgabe im Großen und Ganzen trefflich gelöst hat. Er verfolgt zunächst den Ursprung des deutschen Volkes und bringt bis zu der indogermanischen Urgemeinschaft vor. Der indogermanische Vokalismus und Konsonantismus wird von ihm kurz charakterisirt und die indogermanische Ursprache in ihren Grundzügen dargestellt. Wir haben das Indogermanische keineswegs als dem Ursprung der Sprache nachstehend aufzufassen. Behagel weiß viel mehr mit Recht darauf hin, daß dasselbe eine nach allen Seiten hin ausgebildete Sprache ist, welche eine lange Entwicklung voraussetzt, und daß in Bezug auf die formale Gestaltung kein grundsätzlicher Unterschied zwischen Indogermanisch und Germanisch besteht. Das Indogermanische besaß ungefähr

ebensoviele und ebenso geartete Laute wie das Germanische; an Formenreichtum war das erstere dem letzteren überlegen; nur in Bezug auf den Bau des zusammengesetzten Satzes stand es zurück, wenn gleich bereits der Indogermane gelernt hatte, einen Satz einem anderen mit Hilfe einer Konjunktion unterzuordnen.

Nach dieser kurzen Charakteristik des Indogermanischen bespricht der Verfasser die wichtigsten Lautgesetze, durch welche das Germanische von der arischen Urgemeinschaft sich ablöste. So vor allen Dingen die erste Lautverschiebung und das germanische Accentgesetz, wobei natürlich Karl Berner's Gesetz eingehender erörtert wird. Weiter behandelt der Verfasser in dem folgenden Abschnitt kurz das Gothische und Scandinavische, er verweist auch mit wenigen Worten bei den indogermanischen Völkerschaften, von welchen wir zusammenhängende Sprachdenkmäler nicht besitzen, so z. B. bei den Langobarden und Wandalen. Ausführlicher wird sodann das Althochdeutsche charakterisirt und die Sprachgrenze der einzelnen althochdeutschen Dialekte sorgfältig dargestellt. Die beiden folgenden Abschnitte sind dem Mittelhochdeutschen und Neuhochdeutschen gewidmet. Ueber die Frage nach der Existenz einer mittelhochdeutschen Schriftsprache äußert sich der Verfasser eigentlich anders, als man nach seinem Standpunkt innerhalb der germanischen Wissenschaft vermuthen sollte. Er bestreitet zwar die Existenz einer mittelhochdeutschen Schriftsprache im strengen Sinne des Wortes und weist darauf hin, daß die Sprache Hartmann's, Wolfram's und Gottfried's genug Unterschiede aufweise, um gegen eine allgemein anerkannte sprachliche Einheit Zeugnis abzulegen, aber er giebt doch zu, daß eine entschiedene Gravitation zum Mittelhochdeutschen stattgefunden hat. „Die Blüthe der mittelhochdeutschen deutschen Dichtung“, sagt er, „ist auf hochdeutschem Boden erwachsen; das politische Uebergewicht und die literarischen Centren, welche aufstrebende Talente an sich ziehen, liegen auf hochdeutschem Gebiet: so begegnen uns mehrere Dichter, die zwar auf dem niederdeutschen Boden ihre Heimath haben, die sich aber bemühen, hochdeutsch oder mittelhochdeutsch zu reden.“ Viel mehr ist aber auch von der anderen Seite niemals behauptet worden.

Wenn der Verfasser sich in diesen Abschnitten im Wesentlichen darauf beschränkt hat, die hauptsächlichsten gesicherten

Resultate der Forschung in populärer Weise zusammenzufassen, so hat er in der zweiten Abtheilung des ersten Haupttheils, welche das innere Leben der Sprache behandelt, fast durchweg Neues und Eigenthümliches geboten, das auch in Fachkreisen anregend wirken wird. Dem Verfasser mögen hier wie bei den dankenswerthen Bemerkungen über die neuhochdeutsche Syntax im besondern Theil des vorliegenden Buches die Vorarbeiten zu seiner angekündigten Syntax der germanischen Sprachen zu Gute gekommen sein. Von den Abschnitten des allgemeinen Theils sei hier noch besonders auf die hübschen Erörterungen über die Einwirkung fremder Sprachen auf das Deutsche, von denen das besondern Theils auf die Ausführungen über die Lautlehre des Neuhochdeutschen hingewiesen.

Es ist mir natürlich an dieser Stelle unmöglich, auf eine Reihe einzelner Punkte einzugehen, bei welchen meine Auffassung von der des Verfassers abweicht. Ebenso kann ich hier nicht auf alle die Stellen hinweisen, wo die von dem Verfasser gegebenen Anregungen zu neuer Behandlung und Ausfüllung des Stoffes reizen. Nur auf einen dieser letzten Punkte sei hier hingewiesen, weil er ein wichtiges Problem nicht nur der sprachlichen, sondern auch der historischen Entwicklung berührt. Der Verfasser spricht in dem Abschnitt über die Wirkungen der Analogie von einer Art der naiven Sprachentwicklung, die er als mythenbildende Volksetymologie bezeichnet. Es sind das nämlich jene Fälle, in denen die Volkspoesie die Erklärung eines Namens, den sie nicht versteht, durch Herstellung irgend einer Beziehung zurecht zu bringen sucht. „Die Bezeichnung Sauerland für den südlichsten Theil des alten Sachsenlandes — die ursprünglich Saderland = Sildland lautete — suchte man zu rechtfertigen durch die Erzählung, daß Karl der Große nach der Eroberung gesagt habe: das war mir ein sauer Land.“ Oder der Name Achahn sollte entstanden sein aus dem durch den Tod unterbrochenen Ausruf eines Ritters: „Ach Alamächtig!“ Man hat nun diese Art der Entstehung von Mythen bis jetzt nur auf einem Gebiet der Geschichte systematisch verfolgt, nämlich in der römischen Geschichte; und es ist Schwegler's Verdienst, mit eindringendem Scharfsinn dem Ursprung solcher „ätiologischen Mythen“, wie er sie nannte, nachgegangen zu sein. Es würde indeß eine dankbare Aufgabe sein, die Geschichte, namentlich die frühere Geschichte noch anderer Völker von diesem Gesichtspunkt aus systematisch zu



etwas Erfreuliches ausspricht. In dem vorliegenden Fall aber handelt es sich hauptsächlich darum, die Stelle, welche die Deutsch-Konservativen seit etwa acht Jahren in unserem öffentlichen Leben einnehmen, mit den Nationalliberalen zu befehen. Wenn wir und diese Blätter vernünftiger Weise denken, würde die Rolle der Konservativen genau dieselbe sein, die sie vor Begründung der deutschkonservativen Partei im Reichstage gespielt, d. h. sie würden sich darauf angewiesen sehen, den Nationalliberalen so gewislich willensvolle Beistand zu leisten.

Ungleich bedeutender noch, wenn auch natürlich mit dem eben erwähnten in engem Zusammenhang stehend, erscheinen uns die sachlichen Bedenken, welche gegen das Wiedererscheinen des Herrn von Bennigsen auf dem politischen Schauplatz sprechen. Wenn es irgend etwas geben kann, was nach der nun in Aussicht stehenden vollständigen Beilegung des „Kulturkampfes“ die doch allmählich sich vollziehende Wiederaufnahme des katholischen Volkes mit dem deutschen Reiche wie mit dem preussischen Staate zu erwidern geeignet ist, so muß es die Wiederberufung des Mannes zur Macht sein, den es mit Recht als den Hauptschuldigen an diesem Kampfe ansieht. Je schwerer Opfer man ihm bringt, desto weniger wird man es ihm verdenken dürfen, wenn wir ihn jetzt auf dieses störende Moment hinweisen, dessen sich gewisse Herren schon zu bedienen verstehen werden.

Bei alledem könnte dieser Eindruck, so unangenehm er zu werden verspricht, mit der Zeit überwunden werden, wenn von Herrn v. Bennigsen und seinen Freunden im übrigen nur positive Abänderung der großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ziele des letzten Wahlergebnisses zu erwarten wäre. Vielleicht, ja wahrscheinlich, werden sie einige Versuche auf dem Gebiete der Steuerreform unternehmen, und so weit das ohne fernere Belastung der bis zum Unerschöpflichen reichenden Landwirtschaft geschehen kann, werden wir sie dabei unterstützen. Selbst die Mittelpartei am wenigsten abgeneigt unter uns können nicht daran denken, die Landwirtschaft als den Pöbel anzusehen, dem Alles ausgelassen werden darf, was niemand anders tragen will. Alles hat seine Grenzen; wenn auch vielleicht nicht die Größe des Geldes, so läßt sich doch die Kraft seiner Gebelne erschöpfen.

Wenn der Reichskanzler sich den Nationalliberalen gleichwohl wieder zuwendet, so findet das, wie wir anerkennen, in der außerordentlichen Nothlage der Gegenwart seine Erklärung. Diese Nothlage aber ist lediglich in der Politik begründet, welche dem Centrum von seinem Führer im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr aufgeprägt worden ist.

Uebrigens hat es eine Zeit gegeben, und sie liegt noch nicht allzu weit hinter uns, wo es einer großartigen Kirchenpolitik vornehmlich gelungen wäre, das Centrum für die politische Arbeit zu gewinnen, welche die Konservativen für sich allein nicht zu leisten vermögen, weil sie im Reiche nicht über die Mehrheit verfügen. Aber diese Zeit ist nicht benutzt worden oder hat nicht benutzt werden können — darüber mögen wir uns kein Urtheil an —, und jetzt scheint es zu spät. Die großen Angelegenheiten, welche der preussische Staat stückweise der römischen Kurie im Jahre 1886 und früher gemacht hat, sind an der Politik des Centrum nicht nur wirkungslos abgeprallt, sie haben seine Gegnerschaft sogar bis zu einem sonst nicht gekannten Grade gesteigert und dadurch den wirklich reichsfeindlichen Elementen einen Einfluß auf den Gang der deutschen Dinge verschafft, der schließlich vielleicht zu einer europäischen Katastrophe führen wird.

So ist die Lage. Schwerer und düsterer könnte sie nicht sein. Was aus dieser Lage, im besten Falle, gelangt man zu einem Nothbehelf, zu einer gütlichen Gestaltung der Dinge nicht. Wir werden uns die Mittelbarkeit gefallen lassen müssen, weil sie Deutschland wenigstens die Aufrechterhaltung seiner äußeren Stellung in der Welt verbürgt. Daß wir im Innern dabei auf möglichst schmale Kosten auskommen, daran ist nichts mehr zu ändern.

Wir haben uns bereits keinerlei Anlaß zu einem näheren Eingehen auf diesen Artikel. Beiläufig sei nur erwähnt, daß es völlig hinfällig ist, Herrn von Bennigsen als den „Hauptschuldigen“ an dem kirchenpolitischen Kampfe zu bezeichnen. Er hat dazu zu gestanden, wie seine Partei überhaupt; an den Verhandlungen über die katholischen Gesetze aber hat er gar keinen Antheil genommen, da er zu jener Zeit Präsident des Abgeordnetenhauses war.

Fürst Bismarck bemerkte bekanntlich dieser Tage im Abgeordnetenhause, das Centrum werde noch vor den Wahlen erfahren, daß der Papst das gegenwärtige Verhalten desselben mißbillige. Heute erhalten wir folgende Meldung:

München, 26. Januar. Die „Neuesten Nachrichten“ erfahren „aus unantastbarer Quelle“, der Reichskanzler besitze eine sehr entschiedene Aeußerung des Papstes über das Centrum Stellung in den gegenwärtigen Fragen, welche entscheidend für die Stellung der Katholiken im Wahlkampf werden, namentlich aber den katholischen Klerus von der Wahl-agitation fernhalten und aus den Oppositions-Reihen drängen werde. Das Centrum werde eufrieden müssen, ob es dem Papst oder Windthorst fernherin folgen wolle. Die päpstliche Rundgebung sei so deutlich, daß der Ungehorsam direkte Unbotmäßigkeit gegen den Papst bedeuten würde. Fürst Bismarck werde die Rundgebung im geeigneten Moment veröffentlichen. (Privat-Telegramm der „National-Zeitung“.)

Die „N. Preuss. Ztg.“ erklärt, daß der Hammerstein'sche Antrag doch noch in der laufenden Session des Abgeordneten-

hauses zur Berathung kommen solle — wemil sie uns eine Illusion zu rauben meint! Wir wüßten nicht, welches Interesse wir daran haben könnten, daß die Auseinandersetzung zwischen den Herren von Hammerstein und Genossen keine, Herrn von Rauchhaupt und der Regierung andererseits unterbleibe.

In Folge der alarmirenden Nachricht der „Daily News“ über die Gefahr eines wahrscheinlich unmittelbar bevorstehenden Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich besuchten die Gesandten Deutschlands, Frankreichs und Italiens das Londoner auswärtige Amt, um sich Aufklärungen zu erbitten. Lord Salisbury, welcher am frühen Morgen von Hatfield zurückgekehrt war, empfing jeden Botschafter einzeln. Graf Goltz war vom Botschaftssekretär Baron Plessen begleitet. Aufsehnend im Anschluß an diese diplomatische Festlegung veröffentlicht die „Morningpost“ folgende Note:

Wir hören, daß in den letzten Tagen im auswärtigen Amt keine speziellen Nachrichten eingetroffen sind, welche die von einer Londoner Zeitung gebrachten alarmirenden Nachrichten rechtfertigen. Die Schwere der gegenwärtigen politischen Lage hat sich theilweise, so weit es sich um die bulgarische Frage handelt, vermindert; die unmittelbare Gefahr von Verwickelungen stammt zweifelsohne von den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. So weit die Kabinete von Paris und Berlin in Frage kommen, sind diese Beziehungen bis heute dieselben geblieben, die sie vor sechs Wochen waren und die Berschlüssen, die Herr Serbelli in Berlin abzugeben fortfährt, werden als befriedigend bezeichnet. Die Gefahr liegt, wie Fürst Bismarck noch jüngst überzeugend dargelegt hat, in der Unbeständigkeit der Regierung in Frankreich, und die letzte Ministerkrise, die noch mit Klugheit vereitelt wurde, giebt schon für sich allein den Beweis, daß Deutschlands Befürchtungen vollständig gerechtfertigt sind. . . . Aber gegenüber einer so ernsten und unflüchtigen Lage ziemt es sich für die Presse Englands wie aller friedliebenden Länder, sich der Veröffentlichung von Nachrichten zu enthalten, welche Verwickelungen hervorrufen und die Dinge schlimmer machen können, als sie wirklich sind.

**Der Bericht der Ansiedlungs-Kommission.**  
Wir entnehmen dem Bericht über die Thätigkeit der Ansiedlungs-Kommission, welcher dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist, Folgendes:

Die bis zum Schlusse des Jahres 1886 für die Zwecke des Ansiedelungsgesetzes angekauften und übernommenen Besitzungen umfassen: a) eine Herrschaft mit 3 selbstständigen Wirtschaftsdartheimenten und in Summa 8 Vorwerken, b) 16 Rittergüter mit einer größeren Zahl dazu gehöriger Vorwerke und früher mit ihnen vereiniger Bauernwirtschaften, c) 3 selbstständige Wirtschaften mit Gebäuden, Inventar und Gärten. Hiervon entfallen: auf den Regierungsbezirk Marienwerder das Gut Dolsch mit Vorwerken im Kreise Rastau und die Herrschaft Rastau mit den Vorwerken Marienau, Kraunko, Rostgarten, Drogenowka, Salskows, Endowice und Gyschels mit einem Gesamtflächeninhalt von 4637,45,48 ha und einem Gesamtkaufpreise von 2 427 200 Mark; auf den Regierungsbezirk Posen die Rittergüter Jodan, Kreis Bromberg, Sleskows, Kreis Kröben, und Begeritz, Kreis Wreschen, mit einem Gesamtflächeninhalt von 1659,37,30 ha und einem Gesamtkaufpreise von 1 071 200 Mark; auf den Regierungsbezirk Bromberg die Rittergüter Komorowo, Endowo, Endowo, Sokolniki, Swiniarki, Swiniarki, sämtlich Kreis Gnesen, Ostrowitz, Kreis Mogilno, Salskows mit Dolsch, Kreis Salskows, beide Kreis Schubin, Mlagowo und Borski, beide Kreis Wargowitz, mit einem Gesamtflächeninhalt von 5433,17,46 ha und einem Gesamtkaufpreise von 3 174 500 Mk.; ferner auf den Regierungsbezirk Bromberg die selbstständigen Wirtschaften Biechowo Nr. 15, Biechowo Nr. 7, Praczewo Nr. 11a, sämtlich Kreis Gnesen, mit einem Gesamtflächeninhalt von 110,84,10 ha und einem Gesamtkaufpreise von 88 845 Mk. Bis zum Schlusse des Jahres 1886 ist daher erworben an Gutsareal 11 780,00,24 ha mit einem Kaufpreise von 5 672 900 Mk., an sonstigen Areal 110,84,10 ha mit einem Kaufpreise von 88 845 Mk. Im Durchschnitt kostet somit der Hektar Gutsareal 563,87 Mk. In der Begründung des Gesetzeswurde war der durchschnittliche Preis für den Hektar auf ungefähr 560 Mk. angegeben.

Obwohl eine Anregung zur Anwerbung für den Erwerb von Ansiedlungsstellen seitens der Ansiedelungskommission bisher nicht erfolgt ist, sind aus allen Theilen von Deutschland, ferner aus Ausland, in einzelnen Fällen auch aus Oesterreich und sogar aus Amerika, zahlreiche Gesuche, diesen Gegenstand betreffend, eingegangen. Ein erheblicher Theil dieser Bewerber hat hierbei sofort angegeben, mit welchem disponiblen Vermögen er bereit und befähigt sei, sich bei dem Erwerb von auszuwählenden Ansiedlungsstellen in Zeitpunkt oder zu Eigentum zu belhellig.

Es haben sich hiernach gemeldet: a) für Stellen bis zu 50 ha 421 Bewerber, davon haben angegeben 168 ein disponiblen Vermögen von 555 641 Mk., im Durchschnitt pro Bewerber 3 306,79 Mk. b) für Stellen über 50 ha 407 Bewerber, davon haben angegeben 165 ein disponiblen Vermögen von 2 363 100 Mk., im Durchschnitt pro Bewerber 14 321,81 Mk. c) Ausländer, 49 Bewerber, mit einer Vermögensangabe von 278 000 Mk., im Durchschnitt pro Bewerber 5 673,46 Mk. Zusammen 877 Bewerber.

Bezüglich der Verwaltung der angekauften Güter soll die gesamte Wirtschaftsverwaltung sich in die einfachsten Formen zu fügen haben und jede Einrichtung vermeiden, welche besondere

Aufwendungen notwendig macht. Um die Verhältnisse, welche mit der Regierungswaltung so bedeutender Gutskomplexe erfahrungsmäßig verbunden sind, zu vermeiden, wurde wiederholt in Erwägung gezogen, ob es angängig sei und sich empfehle, die Güter während der Zwischenperiode bis zu ihrer definitiven Antheilnahme an Kleinwirthe in Zeitpunkt zu vergeben. Die Schwierigkeit, dies in größerem Umfange zur Anwendung zu bringen, liegt nur darin, daß der Kreis der zum Kauf des Inventars und zur anbringenden Wirtschaftsführung leistungsfähigen Bewerber um derartige nur auf kurze Fristen begebare Pachten sehr gering sein dürfte, und daß durch die Bestimmungen der Pachtverträge Vortheile getroffen werden müß, daß der eigentliche Zweck des Gesetzes, die angekauften Güter an Kleinwirtschaftliche Bauern und Arbeiter auszuheben, nicht gehindert oder auf längere Zeit hinausgeschoben wird, endlich, daß die Ansiedelungskommission zur Erfüllung jener Aufgabe jeder Zeit die Disposition über die Grundstücke gestellt behält.

Die Erwerbungen sollen vorwiegend in deutsch-polnisch gemischten Kreisen gemacht werden, damit in ihnen der deutschen Bevölkerung das Uebergewicht verbleibt. Damit soll nicht völlig ausgeschlossen sein, daß auch in überwiegend deutschen Kreisen Einkäufe stattfinden, wo die Gefahr eines Ueberganges deutschen Besitzes in polnische Hand vorliegt, oder wo die Bedrängung bestehender deutscher Schul- und Kirchenverhältnisse zu befürchten ist. Jedoch soll der Ankauf solcher Besitzungen aus deutschen Händen nur ausnahmsweise stattfinden. Ebenso ist die Gelegenheit zu benützen, in ganz polnischen Kreisen größere Komplexe oder mehrere einzelne Güter in zusammenhängender Lage oder solche Besitzungen zu erwerben, welche an bereits bestehende vereinte deutsche Gemeinden angrenzen. Was die Qualität der anzukaufenden Besitzungen betrifft, so sollen nur solche erworben werden, welche sich durch ihre bessere Bodenbeschaffenheit zum erfolgreichen Betrieb der Landwirtschaft eignen.

Bezüglich der Ueberlassung der einzelnen Stellen sind alle diejenigen Formen für zulässig zu erachten, welche das Gesetz bezeichnet, also Verkauf gegen Kapital oder gegen ablösbare und nicht ablösbare Rente, und Ueberlassung gegen Zeitpacht. Zeitverpachtungen sind insoweit vorzuziehen, als sie vorausichtlich vollständig das notwendige Uebergangsstadium bilden werden, bis die definitive, dem Zweck des Gesetzes entsprechende Verwendung der gekauften Grundstücke gesichert sein wird. Es wird in solchen Fällen zweckmäßig sein, den Pächtern bereits bei dem Abschluß des Pachtvertrages den zünftigen Eigentumserwerb in irgend einer Form zu sichern, falls sie sich bewähren und den eingegangenen Verpflichtungen nachkommen.

Es soll vermieden werden, die Ansiedler Konfessionen gemischt auszuheben. Es ist dies unerlässlich, um die Schwierigkeiten und Kosten der Einrichtung der Kirchen- und Schulsysteme nicht unangemessen zu steigern, andererseits aber auch nöthig, um die Sicherheit zu erlangen, daß die neuen Ansiedler in eigenen, ihrer Konfession angehörigen deutschen Schul- und Kirchenverbänden die dringende erforderliche Stützung ihrer Widerstandsfähigkeit gegen polonisirende Bestrebungen finden.

Bezüglich der Bemessung der Größe der auszuwählenden Stellen ist diejenige Grenze einzuhalten, welche die Nothwendigkeit des Gesetzes zieht, einen leistungsfähigen Bauernstand und einen festen Arbeiterstand in den polnischen Landestheilen heranzuziehen. Den wirtschaftlich richtigsten Maßstab hierfür wird die Spausfähigkeit bilden. Besitzungen, welche zu ihrer Bewirtschaftung eine Anspannung von mehr als 2 Pferden erfordern, werden nur ausnahmsweise, etwa zur Ausnutzung vorhandener, anderweit nicht verwendbarer Gebäudekomplexe, oder bei abgetrennter Lage gewisser natürlicher Feldabschnitte, und solche mit dieser Anspannung besonders da in größerer Zahl anzulegen sein, wo Gelegenheit zu Lohnführen die Ueberwinterung der Pferde erleichtert. Kleinere Güter, mit einer Anspannung von 1 Pferd oder 2 Ochsen oder Arbeitskräften, werden dagegen als Regel anzulegen sein. Daneben soll die Anordnung einer größeren Anzahl von kleinen, zur Spatenkultur geeigneten Stellen behufs Besiedelung mit kleinen Gewerbetreibenden und Arbeitern besonders da in Aussicht genommen werden, wo durch die Nähe größerer Geschäftszentren, industrieller Establishments, Stetfabrikanlagen u. dgl. Gelegenheit zu lohnendem Nebenverdienst gegeben ist. Den Ansiedlern ist die Erstattung beim Verzichtung des Selbstkostenpreises der Ansiedlungsstellen auszuweisen; hierbei sollen jedoch, insoweit es sich um Ueberlassung an Eigentum handelt, drei freijahre gewährt und der kapitalisierte Selbstkostenpreis des Guts, insoweit derselbe nicht durch Anziehung von Ansiedlern übernommen ist, nur mit 3 Prozent nach Ablauf der freijahre, bei Zeitpachten dagegen sofort zu verjahren sein.

Die Kommission ist der Meinung, daß, soweit nicht bei den Ansiedlern miterworben Gebäude u. s. w. in Frage kommen und anderweitig vorzuziehen werden können, es sowohl im Interesse des Gutsbesizers, wie der neuen Ansiedler liegt, die Einrichtung derselben und die Beschaffung des Inventars der Pächtern selbst zu überlassen. Dies würde nicht ausreichen, auch zum Theil durch den Auslegungsbau schon festgestellt werden können, daß den Ansiedlern bestimmte Verpflichtungen bezüglich der Hoflage, des Umfangs und der Art der Bauausführung auferlegt würden. Ebenso könnte den Ansiedlern durch Erstattung von Selbstkostenpreisen, Hergabe sonstigen Baumaterials zu Selbstkostenpreisen, Leistung von Fuhrten, Zuweisung zuverlässiger Sachverständiger unter Normierung billiger Preisätze für Bauausführungen ohne eigene Kosten für den Gutsbesizer eine sehr wesentliche Unterstützung geleistet werden.

Bezüglich der Sicherstellung zur Erfüllung der Zwecke des Gesetzes sind Beschränkungen des Verfügungsrechts und die

durchzuführen und dadurch festzustellen, inwieweit sie durch diese Art untheilhabender Volksetymologie beeinflusst worden ist.

Gibt man Alles zusammen, so verdient sowohl wegen der Beherrschung des Stoffes als auch wegen der Anschaulichkeit und Popularität der Darstellung das vorliegende Buch durchaus in den Kreisen des gebildeten Publikums, auf welche es doch in erster Linie berechnet ist, Theilnahme und Verbreitung zu finden.

#### Annette von Droste-Hülshoff.

II.

Man könnte diese neue Ausgabe der Werke der Annette Droste-Hülshoff rückhaltlos empfehlen, nicht nur wegen der Reichhaltigkeit der „Fund“, sondern auch wegen der Fülle der sprachlichen und inhaltlichen Erläuterungen, deren allerdings unsere Dichterin, dieser weltliche Magus, mehr als zu viel bedarf. Die Herausgeber haben es an Fleiß, Mühe und Sorgsamkeit nicht fehlen lassen. Um so abstoßender wirkt der engherzige und fanatische Jesuitismus, der uns so häufig entgegen tritt. Es scheint, als sollte diese Ausgabe sich nicht an das gesamte Deutschland wenden, an die große Gemeinde aller Freunde der Poesie, welche, wenn sie nur echte Poesie sieht, um politische und religiöse Unterschiede sich nicht kümmert und der religiösen Poesie der Paulus Gerhard, der Angelus Silesius, Calveron, der — Michel-alek-din Rumi dasselbe offene Herz entgegen bringt wie der „weltliche“ Kunst der Goethe und Heine — an diese Gemeinde schenkt sich die Ausgabe nicht zu wenden, sondern vor allem an die Kreise des Ultramontanismus, welche zunächst auf „gute Bestimmung“ sehen und dann auf Poesie. Dabei kann die letztere aber nicht geblieben.

Überall tritt offen das Bestreben hervor, und an vielen Stellen wird es ausdrücklich betont, Annette von Droste-Hülshoff sei eine „katholische“ Dichterin gewesen. Daß das weltliche Gelfräulein im Leben den Anschauungen des Christentums und des Glaubens ihrer Kindheit treu geblieben ist, trotz erst-häufiger Untersuchungen, ist ja von Niemand bestritten worden, sondern nur die Auffassung, als sei sie in ihren Schöpfungen kämpfend für die Dogmen und Meinungen des Katholicismus aufgetreten. Man kommt die posthume Sprünge der ultramontanen Literaturkritik. Es berührt komisch, wenn da

der Eine Shakespeare zum Katholiken macht, der Andere — Schiller, weil derselbe an einigen Stellen, im „Grafen von Habsburg“, in der „Maria Stuart“ Religionsgebrauche geschildert und dargestellt hat, wie es der Dichter soll und einzig kann, aus der Zeit, aus der Seele der Personen, aus der Situation heraus. Einzig die Kunst, die Dichterin verlangt die poetische Freiheit, die glaubensvolle Zerknirschung der Abendmahlsszene in der „Maria Stuart“. Derartige ganz objektiv vom Dichten dargestellte Szenen erlauben doch nimmermehr Rückschlüsse auf dessen persönliche Anschauungen. Eine solche bewusste oder unbewusste Täuschung aber sucht Wilhelm Meißner zu verbreiten. Man höre, mit welchen sophistischen Mitteln! Im „Spiritus familiaris des Hofstaatssekretärs“ kommt eine Szene vor, wo sich der Held, der wie Faust dem Satan sich verschrieben, ruhig und verweisend vor einem Marienbilde niederwirft. Dieser „echt katholische Zug“ soll jene obige Anschauung unüberwindlich beweisen, heißt es da triumphierend. Mit demselben Recht kann man Goethe zum Bundesgenossen des Ultramontanismus stempeln, mit einem Verweis auf das Gebet Gretchens vor der „Mater dolorosa“. Ähnlich steht es mit dem köstlichen Zettel „des Pfarrers Woche“. Umgekehrt könnte man auf die doch durchaus nicht katholische Anschauung verweisen, mit welcher das kleine Epos „Walther“ schließt. Der Held desselben steht vor der Welt in die Einsamkeit des Eremitenthums, um sich ganz Gott hinzugeben, — aber den Frieden fand er nicht, erklärt ausdrücklich und mehrfach die junge Dichterin. Danach hat sie dem Mönchthum doch nicht allzuviel Kraft zugetraut. Den Hochgehang auf die wahren Mönche vom St. Bernhard wird jeder Dichter schreiben können, der ethische Größe überall bewundert, ob er sie bei Juden oder Christen findet.

Die Gegenwärtigkeit und Sympathie zeigt sich vornehmlich in der Einleitung und den Anmerkungen zum „geistlichen Jahr“. Ein kuriose Gierigkeit, den hier der Erklärer ausführt. Unter all den Gedichten ist auch nicht ein einziges, welches nicht von einem Protestanten hätte geschrieben werden können, nicht ein einziges „katholisches“ Gedicht. Sie sind ohne Ausnahme allgemein christlich, ebenso wie Gerhard's „O Haupt voll Blut und Wunden“. Gerade dieses „geistliche Jahr“ beweist unwiderleglich, wels' ernste Kämpfe die Dichterin im

Inneren durchgelämpft hat, wie es auch Schücking bestätigt. „Ich kann nicht glauben, . . . ich will lieben, ich will handeln, wie es das Christenthum vorschreibt, aber den reinen sicheren Glauben davon hab' ich nicht“ — das ist der Schrei, der von Anfang bis zu Ende durch die Sammlung wiederhallt und fast aus jedem Gedichte schmerzhaft hervorbricht. Alles das steht mit deutlichen Worten so da, daß man sich wundern muß, wie noch ein Zweifel bestehen kann. „Ja“, sagt der Herausgeber sophistisch: „nicht die Dichterin hat diese Aufzeichnungen befaßt, sondern sie verlegte sich nur in die Seele eines Zweiflers, sie selbst war rein von all' diesen gotteslästerlichen Gedanken.“

Wenn nur nicht die Dichterin überall im „Jahron“ spräche, wenn sie nur nicht an so zahlreichen Stellen ausdrücklich von „ihrer Sünde“ spräche, ausdrücklich hervorhebe, daß auch wohl Andere empfänden, was sie empfand: die Ketten der Behauptung stände überhaupt im vollsten Gegensatz zu aller Psychologie des Dichtertums. Wer nur ein wenig Poesien zu lesen versteht, Empfindung von Anempfindung unterscheiden kann, dem ist es nicht zweifelhaft, daß diese Gedichte in tieferer Seele eigen gefühlt, subjektiv bis auf die Knochen sind. All die schiefen und geradezu falschen Auslegungen, die mühsam erzwungenen Umdeutungen des Herausgebers, deren Umwerth er wohl selber gefühlt hat, können die sonnenklaren Worte der Dichterin nicht verbunkeln.

Gerade dieses „geistliche Jahr“ legt die Seele des weltlichen Gelfräuleins offen, wie sie sonst nirgendwo offen liegt, zeigt sie uns in ganzer Wahrheit. Es ist das bannreiche Element in jedem echten Poesien, daß er in seinen Gedichten nicht heucheln kann; sie sind stets wahrer als sein Leben, gegen seine Seele ohne alle Schminke und Tünche. Doppelt ist es der Fall bei Annette von Droste-Hülshoff, welche im Leben Niemanden für ihr volles Vertrauen fand. Ihre einzige Zuflucht hatte sie in der Poesie. Die Dichterin war von einer seltenen Pietät. Zu rückhaltvoll, wollte sie den von ihr zärtlich geliebten, aber engherzigen Verwandten keinen Anstoß geben. Man könnte dafür eine grobe Reihe von Beweisen anführen. Am jense nicht zu verhehlen, läßt sie ein großes Werk unvollendet, mildert und ändert überall, freiwillig unterwirft sie sich immer von Neuem der geistlichen